

10.04.2014

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

**zum Antrag der Fraktion der SPD
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

„Rahmenbedingungen für eine gelingende Inklusion weiter verbessern – Land und Kommunen setzen schulische Inklusion gemeinsam um“ (Drucksache 16/5570)

Landesregierung muss allgemeine Schulen beim Umsetzungsprozess der Inklusion umfassend qualitativ unterstützen

I. Der Landtag stellt fest:

Die Einigung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung ist aus Sicht der Kommunen erfreulich. Die Schulträger benötigen für eine qualitative Ausgestaltung der Inklusion finanzielle Planungssicherheit.

Bedauerlicherweise hat die rot-grüne Landesregierung mit ihrer monatelangen Blockadehaltung vielfach qualitatives Handeln im Sinne der schulischen Inklusion in den Kommunen verhindert. Insbesondere Ministerin Löhrmann hat über Monate die Konnexitätsrelevanz der schulischen Inklusion geleugnet und versucht, den Kommunen die dringend benötigte finanzielle Unterstützung zu verwehren. Durch diese Ablehnung jeglicher Finanzverantwortung für die Inklusion und das langwierige Verhandlungsverfahren hat die rot-grüne Landesregierung auch der notwendigen Akzeptanz der Inklusion vor Ort Schaden zugefügt.

Auch wenn nun zunächst eine dringend benötigte finanzielle Einigung mit den Kommunen erzielt werden konnte, ist die rot-grüne Umsetzung der schulischen Inklusion qualitativ unzureichend. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass für die schulische Inklusion klare Qualitätsstandards gewährleistet werden, für Eltern Wahlmöglichkeiten zwischen allgemeiner Schule und spezialisierten Förderschulen bestehen und die Schulen vor Ort bestmöglich auf diese große Herausforderung vorbereitet sind.

Datum des Originals: 10.04.2014/Ausgegeben: 10.04.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Umsetzungsprozess der schulischen Inklusion durch Festlegung unverzichtbarer Qualitätsstandards, durch flächendeckende Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer und unabhängige Beratungsangebote für die Eltern umfassend zu unterstützen und für Eltern Wahlmöglichkeiten zwischen allgemeinen Schulen und Förderschulangeboten in erreichbarer Nähe zu gewährleisten.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Peter Biesenbach
Klaus Kaiser
Petra Vogt
André Kuper

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Yvonne Gebauer

und Fraktion